

Helene Weber als Europäerin

von Marie-Emmanuelle Reytier

I. Einführung.....	218
II. Helene Weber als Europäerin vor 1933	218
II.1. Ein gemäßigter Patriotismus.....	218
II.1.1. Helene Webers Verständnis von Europa vor 1914.....	218
II.1.2. Der Erste Weltkrieg, das Kriegsende und der Versailler Vertrag....	219
II.1.3. Elsass-Lothringen.....	224
II.2. Die Tagungen der ‚Demokratischen Parteien christlicher Prägung‘	227
II.2.1. Die Gründung 1925.....	227
II.2.2. Entwicklung, Höhepunkte und Untergang: 1926–1932.....	228
III. Überleitung 1933–1945	231
IV. Helene Weber als Europäerin nach 1945	233
IV.1. Helene Weber als Delegierte des Bundestages zur beratenden Versammlung des Europarates nach 1945	233
IV.1.1. Die bescheidene Stellung Helene Webers	233
IV.1.2. Helene Weber, die deutschen Kriegsgefangenen und die Kriegsverbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs	235
IV.1.3. Helene Weber, die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die europäische Sozialcharta	239
IV.2. Helene Webers Engagement für Europa in den internationalen katholischen Frauenverbänden	241
V. Schlussbetrachtung	243

I. Einführung

In einem biographischen Artikel schreibt Rudolf Morsey, dass Helene Weber „zum kleinen Kreis derjenigen Zentrumsabgeordneten, die intensiv an einer deutsch-französischen Aussöhnung arbeiteten“¹, gehörte. Joseph Joos hat den Einsatz Helene Webers für den Frieden zwischen den beiden Weltkriegen 1958 wie folgt zusammengefasst: „Von einem edlen Patriotismus durchglüht und auf nationale Freiheit und Unabhängigkeit bedacht, bewahrte sie eine innere Ausgeglichenheit vor jeder Regung zu nationalistischer Unvernunft. Ideen des Weltfriedens, der Friedensbereitschaft lagen ihr selbstverständlich nahe, aber sie verlor sich nie in einen illusionistischen Pazifismus. Und weil sie europäisch dachte, gehörte sie zu jener kleinen Gruppe von Männern und Frauen, die sich zu einer Zeit, da es in den Augen vieler noch als halber Landesverrat galt, ernsthaft um eine echte, politische Verständigung mit Frankreich bemühte. Unsere französischen Freunde, Pioniere der heutigen Zusammenarbeit, schätzten an der sprachkundigen deutschen Kollegin insbesondere die Besonnenheit und Behutsamkeit in der Behandlung von Fragen, für deren Lösung die Zeit noch nicht gekommen war.“²

Mit diesem Aufsatz möchte ich das Idealbild von Helene Weber als Verfechterin für den Frieden in Frage stellen und folgende Fragen beantworten:

Wie beabsichtigte Helene Weber nach dem Ersten Weltkrieg den Frieden wieder aufzubauen? Welche Vorstellung hatte sie von den deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg? Inwiefern unterschieden sich ihre Ideen von denen der anderen Abgeordneten des Zentrums sowie der anderen Verantwortungsträgerinnen im Katholischen Deutschen Frauenbund? Wie setzte sie sich in ihren verschiedenen Ämtern in der Politik und in Verbänden, die sie im Laufe von fast 50 Jahren innehatte, für den Frieden und den Aufbau Europas ein? Mit wem arbeitete sie, abgesehen von Konrad Adenauer, eng zusammen? Welches Beziehungsnetz hatte sie auf europäischer Ebene?

II. Helene Weber als Europäerin vor 1933

II.1. Ein gemäßigter Patriotismus

II.1.1. Helene Webers Verständnis von Europa vor 1914

Im Allgemeinen kann man Helene Weber ohne weiteres dem Lager der Frankophilen zuordnen. Während ihres Studiums der Geschichte, der Soziologie, der Philosophie und des Französischen hatte sie 1906 einige Monate an der Universität von Grenoble verbracht. Sie kannte Frankreich gut und beherrschte die französische Sprache sehr gut.

¹ Morsey, Rudolf, Helene Weber (1881–1962), in: Ders./Jürgen Aretz/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, 223-234, 229.

² Joos, Joseph, So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958, 30-31. Wiederholt in Ders., Im Rückblick, in: Katholischer Deutscher Frauenbund (Hg.), Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961, Köln 1961, 71-76.

Sie interessierte sich nicht nur für Frankreich und seine Kultur, sondern auch für England und wollte die politische und soziale Entwicklung dieser beiden Länder bekannt machen. Luise Jörissen, eine der Schülerinnen von Helene Weber, als diese 6- bis 18-jährige Gymnasiastinnen in Köln unterrichtete, erzählt, dass sie im Unterricht oft Artikel der französischen Tageszeitung *Le Temps* sowie der *Times* verwendet hat.³ Zu dieser Zeit war diese Art des Unterrichts eine Innovation. Sie beweist, welche Bedeutung Helene Weber der politischen Bildung ihrer jungen Schülerinnen beimaß.

Außerdem hatte sie mit dem Ehepaar Joos Freundschaft geschlossen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Joseph Joos in den Gewerkschaften einen Namen gemacht. Er war Tischler von Beruf und hatte 1903 beim Volksverein für das katholische Deutschland einen Wirtschaftskurs belegt. Danach arbeitete er als Journalist (1904) und als Chefredakteur (1905–1919) bei der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*.⁴ Joseph Joos erzählt, dass er Helene Weber 1906 durch Carl Sonnenschein, damals Kaplan in Elberfeld, kennenlernte.⁵ Carl Sonnenschein hatte seinen Freund Joseph Joos in Mönchen-Gladbach in Begleitung einer jungen Lehrerin besucht. Diese junge Lehrerin war Helene Weber. Sie war damals 25 Jahre alt. Sie interessierte sich sehr für die Arbeit des Volksvereins und hatte Kontakte mit der zentralen Stelle der westdeutschen katholischen Arbeiterbewegung. 1908 stellte Joseph Joos Helene Weber seiner frisch angetrauten Ehefrau Barbara (1883–1939) vor, die seit 1906 Sekretärin der katholischen Arbeiterinnenvereine Westdeutschlands war. Diese Begegnung war der Beginn einer langen Freundschaft zwischen Helene Weber und der Familie Joos, die während der Weimarer Republik, als Helene Weber und Joseph Joos Abgeordnete des Zentrums im Reichstag wurden, noch enger wurde.⁶ Joseph Joos stammte aus dem Elsass und war dieser Region sehr verbunden. Er liebte Frankreich genauso wie Helene Weber und beherrschte, wie sie, die französische Sprache nahezu perfekt. Helene Webers Engagement für eine deutsch-französische Annäherung lässt sich sicherlich teilweise auf den Einfluss dieser Freundschaft zurückführen, auch wenn es keine Quellen gibt, die das eindeutig bestätigen.

II.1.2. Der Erste Weltkrieg, das Kriegsende und der Versailler Vertrag

Wie die Mehrheit der Deutschen war auch Helene Weber empört über die Härte des Versailler Vertrages. 1919 mussten die Abgeordneten des Reichstags entscheiden, ob

³ Vgl. Jörissen, Luise, Als Oberlehrerin in Köln, in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 13-21, 15.

⁴ Vgl. Wachtling, Oswald, Joseph Joos (1878–1965), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, 236-250.

⁵ Vgl. Eschenburg, Theodor, Carl Sonnenschein, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 11 (1963) 333-361; Löhner, Wolfgang, Carl Sonnenschein (1876–1929), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 4, Mainz 1980, 92-102. Helene Weber und Carl Sonnenschein verband eine tiefe Freundschaft. Helene Weber pflegte Carl Sonnenschein während seiner langen Krankheit bis zu seinem Tod 1929. Vgl. Joos, So sah ich sie, 26.

⁶ Vgl. ebd., 26-27. Siehe die Photographie (eine Privataufnahme von 1913) von Helene Weber und Barbara Joos, S. 96, sowie die Photographie von Joseph Joos, Helene Weber und Barbara Joos, 1913, in: Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens, 64. Der Name Helene Weber erscheint nicht im Index der Bibliographie von Wachtling, Oswald, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974. Diese Auslassung ist erstaunlich.

Deutschland den Versailler Vertrag akzeptierte. Am 22. Juni 1919 stimmte Helene Weber unter der Bedingung, dass die ‚Sieger‘ auf die sogenannten ‚Ehrenpunkte‘ verzichteten, für seine Annahme. In diesen Paragraphen wurde dem Kaiserreich die alleinige Verantwortung am Ausbruch der Feindseligkeiten zugewiesen und die Auslieferung der Kriegsverursacher gefordert.⁷ Da die ‚Sieger‘ das ablehnten, war Helene Weber zusammen mit Maria Schmitz⁸ bei der zweiten Abstimmung am 23. Juni eine der wenigen Abgeordneten, die sich nicht entschließen konnten, für die Annahme des Vertrages zu stimmen. Wenige Tage später gestand sie einer Bekannten in Köln: „Zuerst, ohne Schmachparagraphen für >ja<, dann für >nein<. Ich konnte nicht mehr. Mehr kann ich nicht schreiben.“⁹ Sie erklärte ihre Haltung einige Wochen später öffentlich in einem Artikel der *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen*: „Für mich stand das sittliche Gesetz des Volkes höher als die Existenzfrage. Ich konnte nur ein ‚Nein‘ sprechen, als der Feind auch das Opfer der ‚Ehrenpunkte‘ verlangte.“¹⁰ Für Helene Weber wie für die meisten ihrer Landsleute hatten die Deutschen einen ‚gerechten Krieg‘ geführt, weil es ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Ihr Land sei gezwungen gewesen, sich gegen die Feinde, die es eingekreist hatten, zu wehren. Während des Krieges hatte sie getan, was sie konnte, um ihrem Land zum Sieg zu verhelfen: Sie hatte sich ehrenamtlich in der Kriegsfürsorge engagiert und hatte zum Beispiel Kriegsamts-Nebenstellen eingerichtet.¹¹

Helene Weber unterschied sich allerdings von den konservativen und nationalistischen Eliten ihres Landes insofern, als sie, wie eine Mehrheit in den katholischen Eliten, der Meinung war, dass immerhin beide Seiten eine gewisse moralische Verantwortung trügen, da der Krieg die Folge einer neuen Ideologie war, die sich seit dem 19. Jahrhundert in Europa ausbreitete: des Materialismus. Die europäischen Völker hätten sich nach und nach von der Liebe Gottes abgewandt und sich der Gewalt verschrieben.¹² Dieses Erklärungsmuster war nichts Neues: Helene Weber ließ sich von den Schriften von Papst Benedikt XV., die von vielen führenden Katholiken Deutschlands übernommen worden waren, inspirieren. Sie bedauerte zutiefst und mit einer gewissen

⁷ Vgl. Sharp, Alan, *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919*, Houndmills/London 1991, 86-87.

⁸ Vgl. Emmerich, Marilone, Maria Schmitz (1875–1962), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, Mainz 1979, 204-222.

⁹ Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Bd.47, Helene Weber an L. Bardenhewer, 1. Juli 1919, zit. nach Lauterer, Heide-Marie, *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949*, Königstein/Taunus 2002, 130.

¹⁰ Weber, Helene, Gedanken zum Friedensschluß, in: *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* 32 (1919) 227-229, 228, zit. nach Sack, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998, 206.

¹¹ Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 39. Dietlein-Rust, Hedwig/Hartmann, Sibille, Beginn der Sozialarbeit, in: *Mohr/Prégarier*, Ernte eines Lebens, 23-30, 26.

¹² Vgl. Weber, Friedensschluß; Weber, Helene, Wege zum Frieden, in: *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* 32 (1919) 353-354.

Bitterkeit, dass die kriegführenden Parteien die Friedensvorschläge von Papst Benedikt XV. nicht befolgt hatten.¹³

Konrad Adenauer¹⁴ orientierte sich übrigens auch an den Schriften von Papst Benedikt XV. Zu Beginn der zwanziger Jahre prangerte Papst Benedikt XV. wiederholt und insbesondere in seiner Enzyklika *Pacem dei mundus* vom 23. Mai 1920 die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages und den fehlenden Frieden in Europa an.¹⁵ Auf dem Katholikentag¹⁶ von 1922 in München bezeichnete Konrad Adenauer, der dem Kongress vorstand, den Versailler Vertrag als willkürlich, da er sich auf das erzwungene Eingeständnis gründete, dass nur das Wilhelminische Reich am Kriegsausbruch schuld war. Er rief aus: „In der europäischen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit gibt es kein Dokument, das so allen menschlichen, allen christlichen Grundsätzen hohnspricht wie das Diktat von Versailles.“¹⁷ Seiner Meinung nach war der Krieg der Beweis des Scheiterns von Sozialismus und Liberalismus: „Es wird behauptet, das, was wir erlebt haben und noch erleben, beweise die Wertlosigkeit der christlichen Grundsätze, sei ein Zusammenbruch des Christentums. Das ist eine grobe Geschichtsfälschung. Gerade das Gegenteil ist richtig; was wir erleben, ist der Zusammenbruch des Materialismus, die Götterdämmerung der materialistischen Weltauffassung.“¹⁸

Auf dem Katholikentag in Hannover 1924 vertrat Joseph Joos die Meinung, dass die Deutschen nun feststellen konnten, dass „auch der Machtgedanke in seiner Veräußerlichung und Ueberspannung zum Untergang [führt]. Wir Deutsche haben etwas davon erfahren.“¹⁹ Allerdings schloss der ehemalige Chefredakteur der *Westdeutschen Arbeiter-Zeitung*, dass „[wir] keine Alleinschuld an dem europäischen Unglück auf uns nehmen [können]“, da das nicht der historischen Realität entspreche.²⁰

Die Aussagen von Helene Weber, Konrad Adenauer und Joseph Joos sind beispielhaft für die Meinung jener Zeit. Die Mehrheit der katholischen Eliten Deutschlands war der Auffassung, dass die Mitglieder der Triple-Entente die mitteleuropäischen Reiche manipuliert hatten, um diese zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu zwingen.

¹³ Vgl. *Renoton-Beine, Nathalie*, La Colombe et les tranchées. Benoît XV. Et les tentatives de paix Durant la Grande Guerre, Paris 2004, 241-309.

¹⁴ Vgl. *Morsey, Rudolf*, Konrad Adenauer (1876–1967), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2, Mainz 1975, 186-201.

¹⁵ Vgl. *Benedict XV.*, *Pacem Dei munus*, in: *Acta Apostolicae Sedis* 12 (1920) 209-218; *Stehlin, Stewart A.*, *Weimar and the Vatican, 1919–1933. German-Vatican Relations in the Interwar Years*, Princeton 1983, 42.

¹⁶ Über die Katholikentage zur Zeit der Weimarer Republik siehe *Reytier, Marie-Emmanuelle*, *Les catholiques allemands et la République du Weimar. Les Katholikentage 1919–1932. Thèse sous la direction du Professeur Jean-Dominique Durand, Université Jean Moulin – Lyon 3, 2004.*

¹⁷ *Adenauer*, Eröffnungsrede des Präsidenten, in: *Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München. 27. bis 30. August 1922, Würzburg 1923, 43-53, 44.*

¹⁸ Ebd., 46.

¹⁹ *Joos, Joseph*, *Jugend – Nationalismus – Pazifismus*, in: *Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Hannover. 30. August bis 3. September 1924, Würzburg 1924, 149-156, 153.*

²⁰ Ebd., 154.

Oft beriefen sie sich dabei auf das Telegramm vom 3. Oktober 1918, das Prinz Max von Baden dem amerikanischen Präsidenten gesandt hatte: Der Kanzler hatte erklärt, dass das Kaiserreich bereit sei, die Waffen niederzulegen, und er hatte Thomas Woodrow Wilson gebeten, die Verhandlungen auf der Grundlage der ‚14 Punkte‘ vom Januar 1918 zu führen.²¹ Am 5. November hatte der amerikanische Außenminister seinem Berliner Amtskollegen geschrieben, dass die Alliierten die allgemeinen Grundsätze der ‚14 Punkte‘ akzeptierten. Die deutsche Regierung war also davon überzeugt, dass diese Grundsätze die Basis für die Verhandlungen bildeten, und fragte General Ferdinand Foch, der an der Spitze der Truppen an der Westfront stand, nach den Bedingungen des Waffenstillstands. Auf der Friedenskonferenz von Paris vom 12. Januar bis 28. Juni 1919 musste sich die deutsche Delegation dann der augenscheinlichen Realität stellen: Die Alliierten weigerten sich, die ‚14 Punkte‘ als Diskussionsthema anzuerkennen. Die Versuche der deutschen Regierung, eine Abschwächung des Vertrages durch einen Bezug auf die ‚14 Punkte‘ zu erreichen, blieben erfolglos. Seitdem wurden die ‚Sieger‘ beschuldigt, ihr Wort nicht gehalten zu haben.²²

Helene Weber empörte sich auch über die Deutschland in Versailles aufgezwungenen territorialen Sanktionen.²³ Der Verlust großer Gebiete im Osten und die Gründung Österreichs wurden von den Deutschen als eine tiefe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das im ‚10. Punkt‘ von Thomas Woodrow Wilson erwähnt wurde, angesehen.²⁴ Am 12. Mai 1919, während der Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, ergriff Helene Weber allerdings nicht das Wort, um die territorialen Verluste im Osten anzusprechen, sondern erwähnte nur die Politik der Alliierten im Westen. Zunächst empörte sie sich über das Schicksal der Bevölkerung von Eupen und Malmédy. Ihrer Meinung nach waren Eupen und Malmédy ‚urdeutsche Gebiete‘²⁵. Sie erkannte aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker an und akzeptierte, dass der Westen von Malmédy Belgien wieder zugesprochen werden konnte, wenn die Bevölkerung dies mehrheitlich wünschte, da dieser Teil wallonisch war. Andererseits vertrat sie die Meinung, dass der Osten Malmédys, wo vornehmlich Deutsch gesprochen wurde, das Recht hatte, deutsch zu bleiben, wenn die Bevölkerung dies wünschte.²⁶ Für Helene Weber waren Eupen und Malmédy Kriegsbeute, derer sich Belgien aus Trotz bemächtigt hatte, da es die nahe gelegene Regionhauptstadt Aachen nicht bekommen konnte.²⁷

²¹ Siehe den Text der ‚14 Punkte‘ in: Wilson, Woodrow, Rede vor dem Kongreß, 8. Januar 1918, in: Klaus Schwabe (Hg.), Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, 47-49.

²² Vgl. Dülffer, Jost, Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, 17-34.

²³ Vgl. Weber, Friedensschluß.

²⁴ Vgl. Suval, Stanley, Overcoming Kleindeutschland. The Politics of Historical Mythmaking in the Weimar Republic, in: Central European History 2/4 (1969) 312-330.

²⁵ Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (1919/1920), Bd. 326, Berlin 1919–1920, 2700.

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ Vgl. ebd.

Es bekümmerte sie auch, was die ‚Sieger‘ mit der Bevölkerung im Rheingebiet vorhatten. Sie verurteilte die militärische und wirtschaftliche Besatzung, durch die die Bevölkerung zusehends verarmte. In ihren Augen verlängerte die Anwesenheit von Besatzungstruppen auf deutschem Boden den Kriegszustand: „Das ist kein Frieden!“ rief sie aus und fragte: „Soll jenes Ordnungswesen weiter quälen? Soll jenes Haß- und Rache- und Bitterkeitsgefühl noch höher emporzüngeln?“²⁸

Zu den Territorialklauseln kamen die materiellen und finanziellen Klauseln in Artikel 232 des Versailler Vertrages hinzu.²⁹ Für die Mehrzahl der katholischen Eliten Deutschlands war die Armut der deutschen Bevölkerung, die sich seit dem Ende des Krieges verschlimmert hatte, direkt auf die Reparationen zurückzuführen. Man vertuschte die Rolle, die die Weltwirtschaft angesichts der Überproduktion, die Finanzierung des Krieges mit der daraus resultierenden allgemeinen Inflation und vor allem die Verantwortung der Regierung Wirth spielten: Da die Regierung die Inflation nicht bekämpfte, überließ sie die Rentner, Beamten und kleinen Kaufleute, die vor 1914 die Mittelklasse gebildet hatten, ihrer Not.³⁰

Die katholischen Eliten machten die ‚Sieger‘ allein für die Not verantwortlich und verfolgten dabei ein doppeltes politisches Ziel. Zunächst wollten sie ihre Regierung und insbesondere das Zentrum unterstützen, um die Annullierung oder zumindest eine Abschwächung der Wirtschaftsklauseln zu erreichen. Sie malten ein übertriebenes Bild der tatsächlichen Lage und das war Teil ihrer Exekutionspolitik. Ziel dieser Politik war es zunächst, eine Verringerung der Reparationen zu erreichen. Im Gegensatz zu den Rechtsextremen beschuldigte kein Katholik die Regierung des Verrates. Die Katholiken wiesen die Verantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch und an den Territorialklauseln des Vertrages zurück und zeigten sich so solidarisch mit der Außenpolitik von Joseph Wirth und seinem Außenminister Walter Rathenau. Das zweite Ziel bestand darin, den sozialen Frieden zu bewahren. Zu Beginn der zwanziger Jahre konnten mit Gewalt agierende Gruppen und Parteien langfristig nur durch wirtschaftlichen Aufschwung unterdrückt werden. Die Regierung wollte die Inflation nicht wirksam bekämpfen, um die Schulden nicht bezahlen zu müssen und versuchte deshalb die Aufmerksamkeit der Massen solange davon abzulenken, bis ein Aufschwung möglich würde. Indem äußeren Faktoren die Ursache für die Krise zugeschrieben wurde, konnten revolutionäre Tendenzen zurückgedrängt werden.

Auch Helene Weber verfolgte diese Strategie und versuchte so die ‚Volksgemeinschaft‘ zu bewahren und tiefere Spaltungen zu verhindern. Wie die Mehrheit der deutschen katholischen Eliten glaubte sie, dass die Verbreitung der ‚Dolchstoßlegende‘ eine Manipulation war.³¹ Und schlimmer noch, sie spaltete die Deutschen, während diese

²⁸ Ebd., 2701.

²⁹ Vgl. *Feldman, Gerald D.*, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York/Oxford 1993, 329-343.

³⁰ Vgl. *Küppers, Heinrich*, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik*, Stuttgart 1997, 195-203; *Hörster-Philipps, Ulrike*, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie*, Paderborn u.a. 1998, 274-278.

³¹ Unter dem Einfluss von Paul von Hindenburg und anderer hoher Militärs sowie der konservativen protestantischen Presse und der völkischen Bewegungen interpretierten viele Deutsche die Revolution

sich eigentlich vereinen sollten, um das Land wieder aufzubauen.³² Ihr lag der nationale Zusammenhalt ganz besonders am Herzen. Infolge dessen verurteilte sie alles, was in ihren Augen dieser Kohäsion schaden konnte: In den zwanziger Jahren ergriff sie auf den Katholikentagen mehrmals das Wort und trat für die katholische Familie ein, indem sie den Anstieg der Scheidungen, den Geburtenrückgang und die Berufstätigkeit der Mütter insbesondere in der Industrie anprangerte.³³

Es bleibt festzuhalten, dass Helene Weber in den zwanziger Jahren ihre Meinung über den Versailler Vertrag, den sie weiterhin als ‚Diktat‘ bezeichnete, nicht revidierte. Immerhin gab sie zu, dass sie Unrecht hatte, als sie sich weigerte ihm zuzustimmen. 1929 schrieb sie in der Zeitschrift *Die Christliche Frau*, dass Deutschland den Vertrag zu Recht akzeptiert habe, denn das Land hätte sich ohne diese Unterzeichnung niemals vom ‚Joch der Sieger‘ befreien können.³⁴ Im Gegensatz zu vielen anderen war Helene Weber in der Lage, ihre Meinung zu revidieren. Nach längerer Überlegung und angesichts der Umstände war sie davon überzeugt, dass die Weimarer Republik immer noch das Beste aus ihrer Lage gemacht hatte. Diese Einschätzung der Situation war 1929 realistisch, denn Deutschland hatte es in der Tat geschafft nur einen sehr geringen Teil der Reparationen zu bezahlen und seine Wirtschaft schnell wieder aufzubauen.³⁵

II.1.3. Elsass-Lothringen

In seinen Erinnerungen erzählt Josef Hofmann, dass er in den zwanziger Jahren mit Joseph Joos, Helene Weber, Christine Teusch³⁶ – Abgeordnete der Nationalversammlung 1919 und des Reichstags (1920–1933) – und Julius Stocky (1879–1952) – Direktor der *Kölnischen Volkszeitung* – zu einer Tagung der Internationalen Christlich-Demokratischer Parteien nach Paris fuhr. Er schrieb: „Sehr erschrocken war ich allerdings, als Helene Weber bei einer Besichtigung der französischen Kammer auf die Rednertribüne ging und leise sagte: ‚Elsaß-Lothringen wird doch wieder deutsch‘.“³⁷ Diese Erklärung von Helene Weber ist umso überraschender, als sie sich damit den ultranationalistischen konservativen sowie den rechtsextremen Kreisen sehr näherte.

Die Mehrzahl der deutschen Katholiken hatte wie der Rest der Bevölkerung die Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zu Frankreich in der Tat ohne große Schwierigkeiten

und die „Niederlage“ als das Ergebnis eines neuen Komplotts, das von den Juden und den Bolschewisten angezettelt worden war. Vgl. *Krumeich, Gerd*, Die Dolchstoßlegende, in: *Etienne Francois/Hagens Schulze* (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, 585-599.

³² Vgl. *Weber*, Friedensschluß; *Weber*, Wege zum Frieden.

³³ Vgl. *Reytier*, Les catholiques, 603-606, 627-628.

³⁴ Vgl. *Weber*, Die Nationalversammlung in Weimar. Nachklänge, in: *Die christliche Frau* 26 (1929), 66-67; zit. nach *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 131.

³⁵ Vgl. *James, Harold*, Economic Reasons for the Collapse of the Weimar Republic, in: *Ian Kershaw*, Weimar. Why did German Democracy fail? London 1990, 30-57; *Wehler, Hans-Ulrich*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, 241-252.

³⁶ Vgl. *Ballof, Domenica*, Christine Teusch (1888–1968), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, 202-213.

³⁷ *Hofmann, Josef*, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947, Mainz 1977, 57.

akzeptiert. Die Reden auf den Katholikentagen Anfang der zwanziger Jahre, die die politischen und sozialen Ideen der deutschen Katholiken in der Weimarer Republik widerspiegeln, sind aufschlussreich. Viele Redner kritisierten vehement die neuen Ostgrenzen der Weimarer Republik, doch keiner beklagte das Schicksal der elsässischen und lothringischen Bevölkerung. Im Jahr 1921 in Frankfurt sprach Alois zu Löwenstein³⁸, der für die Organisation der Katholikentage verantwortlich und Präsident der Kongresse von Metz 1913 und Straßburg 1905 war – der einzigen in dieser Region zwischen 1871 und 1914 organisierten Katholikentage –, diese Zugehörigkeit in sehr gemäßigter Form vor Flüchtlingen an, die aus Elsass-Lothringen in die Maingegend gekommen waren.³⁹ In den Augen des Fürsten durfte eine eventuelle Rückkehr ins Deutsche Reich nur durch ‚friedliche Kulturarbeit‘ geschehen.⁴⁰ Heinrich Held⁴¹, der Präsident des Katholikentages in Frankfurt, richtete „[in] Trauer und Wehmut einen Gruß auch an die, welche vor dem Krieg als unsere Volks- und Reichsgenossen teilhatten an unseren Generalversammlungen und die uns das grausame Geschick des Krieges und das Spiel des Friedens entrissen hat!“⁴² Er schloss mit den Worten: „Gott hat es zugelassen, wir beugen uns vor ihm in christlicher Entsagung und Demut!“⁴³ Danach erwähnte kein einziger Redner mehr Elsass-Lothringen, dessen Schicksal ein für alle Mal geklärt schien.⁴⁴

Josef Hofmann sagt nichts über den Zeitpunkt, zu dem Helene Weber die Worte „Elsaß-Lothringen wird doch wieder deutsch“ gesprochen hat, doch es war sicher nach der Unterzeichnung der Verträge von Locarno, da die erste Tagung der Internationalen Christlich-Demokratischen Parteien am 12. und 13. Dezember 1925 in Paris stattfand.⁴⁵ Die von Deutschland am 16. Oktober 1925 paraphierten und in London am 1. Dezember offiziell unterzeichneten Verträge leiteten eine neue Epoche in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ein: Deutschland erkannte seine Grenzen im Westen an und wurde Mitglied des Völkerbundes; Frankreich wiederum verzichtete auf

³⁸ Vgl. Reytier, Alois Fürst zu Löwenstein (1871–1952), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 10, Münster 2001, 115-128. Dies., Die Fürsten Löwenstein an der Spitze der deutschen Katholikentage. Aufstieg und Untergang einer Dynastie (1868–1968), in: Günter Schulz/Markus A. Denzel (Hg.), *Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 2005, 461-502.

³⁹ Vgl. Die Seele der Frankfurter Katholikenversammlung, in: *Kölnische Volkszeitung* 629, 5. September 1921, 1.

⁴⁰ Vgl. Vorgeschichte und Verlauf der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main 27.–30. August 1921, in: *Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main. 27. bis 30. August 1921. Nebst einer kurzen Einleitung über Vorgeschichte und Verlauf der Tagung. Würzburg 1921*, 11-12.

⁴¹ Vgl. Schönhoven, Klaus, Heinrich Held (1868–1938), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 1, Mainz 1973, 220-235.

⁴² Held, Heinrich, Begrüßungsrede, in: *Reden Katholikentag 1921*, 27-42, 32.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Vgl. Reytier, *Les catholiques*, 431-439.

⁴⁵ Siehe unten.

militärische Sanktionen, und Großbritannien räumte die Besatzungszone um Köln.⁴⁶ In gewisser Weise besiegelte das Ende des Jahres 1925 die Wende, die sich bereits seit 1923 mit dem Scheitern der Ruhrbesetzung durch die französischen Truppen abgezeichnet hatte. Dieser Misserfolg hatte den Franzosen gezeigt, dass sie nicht mächtig genug waren, um den Versailler Vertrag mit Gewalt durchsetzen zu können. Einige Monate später setzte der Dawesplan, der am 9. April 1924 bekannt gegeben und vom Reichstag am 29. August angenommen wurde, ein neues Memorandum für die Reparationszahlungen fest. Er trat im Oktober in Kraft und führte zu einer Flut amerikanischer Anleihen, deren Auswirkungen ab dem Frühjahr 1925 spürbar waren und einen schnellen Wirtschaftsaufschwung bewirkten.⁴⁷ Ab diesem Zeitpunkt entspannten sich die internationalen Beziehungen. War also Helene Weber Anfang der zwanziger Jahre nationalistischer als die Mehrheit der Katholiken und ist sie das auch nach 1925 noch geblieben, ohne ihre Meinung zu hinterfragen?

Man darf nicht vergessen, dass solche Aussagen nicht durch schriftliche Zeugnisse erhärtet werden können: Helene Weber hat so etwas vielleicht ausgesprochen, doch sie hat es niemals zu Papier gebracht. Abgesehen davon hat ihr Eintreten für den Frieden noch vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrags nicht ahnen lassen, dass sie zu solchen Aussagen fähig war. Sie war zwar vom Völkerbund, der „durch die harten Bestimmungen“ des Versailler Vertrages „getötet [wurde]“, enttäuscht⁴⁸, hatte aber Hoffnung für die Zeit danach. Im politischen Engagement der Frauen sah sie eine Chance für Deutschland: Es würde zur Wiederherstellung des inneren und internationalen Friedens beitragen und dem Land helfen, sich wieder zu erholen. Ein Auszug aus ihrer Rede vor der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 fasst ihre Auffassung vom Frieden, geprägt von gemäßigtem Patriotismus, sehr gut zusammen:

„Ja, meine Damen und Herren, wir [Frauen] sind in die Politik eingetreten, weil wir für Deutschland den Frieden und für die Welt den großen Völkerfrieden ersehnten und schaffen wollten [...]. Höre es, o Welt: Deutschland wird, solange es den Glauben und die Hoffnung und seine Menschen hat, die der Zukunft entgegengehen, nicht untergehen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen)“⁴⁹

Diese Auffassung ähnelte der anderer Verantwortlicher des KDFB während des Ersten Weltkrieges, wie zum Beispiel Hedwig Dransfeld, oder auch anderer Katholikinnen wie Maria von Gebattel⁵⁰.

⁴⁶ Vgl. *Wright, Jonathan R. C.*, Stresemann and Locarno, in: *Contemporary European History* 4 (1995) 109-131; *Baechler, Christian*, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'imperialisme à la sécurité collective, Straßburg 1996, 583-660.

⁴⁷ Vgl. *Schuker, Stephen A.*, The End of the French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976, 264; *Feldman*, Great Disorder, 834-835.

⁴⁸ Verhandlungen der Nationalversammlung 326, 2701-2702.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Vgl. *Sack*, Religiöse Bindung, 202-203; *Reytier, Marie-Emmanuelle*, Maria Freiin von Gebattel (1885–1958). Eine Adelige mit bürgerlichem Engagement, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 223-237.

II.2. Die Tagungen der ‚Demokratischen Parteien christlicher Prägung‘

Helene Weber und Joseph Joos arbeiteten intensiv zusammen, insbesondere auch im Hinblick auf eine Annäherung zwischen französischen und deutschen Katholiken.⁵¹ Am bekanntesten ist ihr gemeinsames Engagement im Rahmen des ‚Secrétariat international des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne, (Internationales Sekretariat Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘, SIPDIC), einer der wenigen Versuche, regelmäßigen politischen Kontakt zwischen Abgeordneten des Zentrums und französischen katholischen Mandatsträgern herzustellen. Welche Rolle spielte Helene Weber in dieser Organisation?

II.2.1. Die Gründung 1925

Die Mitte November 1924 in Paris gegründete ‚Parti démocratique populaire‘ (PDP) beschloss kurz nach ihrer Gründung, die erste Internationale Konferenz demokratischer Parteien christlicher Prägung zu organisieren.⁵² Ursprünglich ging die Idee einer solchen Veranstaltung auf Pater Luigi Sturzo (1871–1959), den Gründer der ‚Partito Popolare Italiano‘ (Italienische Volkspartei, PPI) im Jahre 1919, zurück.⁵³ Bereits 1920 gründete er ein Komitee zur Propagierung des Gedankens einer ‚Internationale Popolare‘, deren Mitglieder durch Reisen in Europa Kontakte mit anderen katholischen Politikern knüpfen sollten. Einige Monate später lud Pater Sturzo die Parlamentarier verwandter ausländischer Parteien zu einem Treffen am Rande der ‚Konferenz der Interparlamentarischen Union‘ in Stockholm am 17. August 1921 ein. Sein Ziel war die Gründung einer ‚Entente interparlementaire‘, die sich aus katholischen Abgeordneten verschiedener europäischer Länder zusammensetzen sollte. Die Mitglieder dieser ‚Entente interparlementaire‘ sollten sich regelmäßig treffen, um gegenüber dem Völkerbund und in wichtigen politischen Fragen eine einheitliche Haltung anzustreben. Ihre Debatten sollten der Öffentlichkeit durch diverse Veröffentlichungen, insbesondere durch ein monatliches Mitteilungsblatt, bekannt gemacht werden. Dieses Projekt scheiterte großenteils an den französischen und belgischen Parlamentariern, die durch ihre Weigerung, nach Stockholm zu reisen, ihrer Missbilligung der Anwesenheit deutscher und österreichischer Abgeordneter Ausdruck verliehen.

Im September desselben Jahres reiste Pater Sturzo nach Deutschland, um den dortigen Vertretern vorzuschlagen, katholische Abgeordnete der verschiedenen europäischen Länder im Februar 1922 einzuladen. Ziel sollte diesmal die Gründung eines ‚internationalen parlamentarischen Büros‘ sein. Bei dieser Gelegenheit musste er einsehen, dass die Unterstützung dieses Projektes nur ein Lippenbekenntnis war. Die Deutschen fürchteten die Reaktion der protestantischen Konservativen der DNVP, die

⁵¹ In seiner politischen Biographie von Joseph Joos erwähnt Oswald Wachtling dessen Engagement für eine Annäherung der Katholiken beiderseits des Rheins nur sehr kurz. Dieser Aspekt seines politischen Handelns wurde von den Historikern vernachlässigt.

⁵² Vgl. *Mayeur, Jean-Marie*, *Des partis catholiques à la démocratie chrétienne XIXe-XX siècles*, Paris 1980, 118-122.

⁵³ Vgl. *Vecchio, Giorgio*, *La democrazia cristiana in Europa (1861–1963)*, Mailand 1979, 73-82; *Lönne, Karl-Egon*, *Politischer Katholizismus im 19. und 10. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1986, 253-258.

die Gründung einer katholischen Internationalen sofort als Beweis für die Romhörigkeit der katholischen Minderheit interpretieren würden. Während der Konferenz von Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922 versuchte Pater Sturzo erneut die katholischen Teilnehmer zu mobilisieren, um sein Projekt doch noch zu verwirklichen, jedoch wiederum ohne Erfolg.⁵⁴ Als Benito Mussolini im Oktober 1922 an die Macht kam, spaltete sich die PPI in einen demokratischen und einen pro-faschistischen Flügel, was Pater Sturzos Position schwächte. Im Oktober 1924 ging er schließlich nach London ins Exil, da er hoffte, dort gegenüber dem Vatikan mehr Handlungsspielraum zu haben als in Paris.⁵⁵

Auf Initiative der PDP versammelten sich am 12. und 13. Dezember 1925 dennoch Abgeordnete aus Frankreich, Belgien, Polen und Deutschland in Paris. Auch Helene Weber wohnte diesem Treffen in Begleitung von Joseph Joos bei.⁵⁶ Da die Diskussionen geheim bleiben sollten, ist es schwierig, heute etwas über ihren Inhalt zu erfahren. Die katholische Presse hat weder in Frankreich noch in Deutschland die Protokolle dieser Debatten abgedruckt und die Archive der Protagonisten – wie Joseph Joos, Julius Stocky oder auch Ernest Pézet – enthalten auch keine Dokumente über diese beiden Tage in Paris. Man weiß trotzdem, dass die Teilnehmer am 13. Dezember 1925 das SIPDIC gründeten, damit sich Vertreter europäischer christlicher Parteien regelmäßig trafen. Dieses Sekretariat in Paris unter der Leitung von Henri Simonet, einem Franzosen, sollte zunächst einen Kongress pro Jahr organisieren. Folgende Themen sollten dabei behandelt werden: die Aktivitäten der teilnehmenden Parteien sowie die öffentliche Meinung und die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in den jeweiligen Ländern. Die Teilnehmer diskutierten die großen gesellschaftlichen Probleme ihrer Zeit und versuchten eine gemeinsame Linie bei den Lösungen zu finden.⁵⁷

II.2.2. Entwicklung, Höhepunkte und Untergang: 1926–1932

Es ist eindeutig, dass Helene Weber auf den Tagungen der ‚Internationalen Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘ nur eine zweitrangige Rolle spielte. Sie war, neben Joseph Joos, Heinrich Vockel und Richard Kuenzer, eine der vier deutschen Delegierten, die am zweiten Treffen in Brüssel vom 22. bis 23. März 1926 teilnahmen. Dort hielt sie aber keine Rede. Ein Jahr danach nahm sie vom 9. bis 11. Juli 1927 am dritten Kongress in Köln teil, wiederum ohne das Wort zu ergreifen.⁵⁸ Im

⁵⁴ Vgl. *Hanschmidt, Alwin*, Eine christlich-demokratische ‘Internationale’ zwischen den Weltkriegen. Das ‘Secrétariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne’ in Paris, in: *Winfried Becker/Rudolf Morsey* (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, 155-162.

⁵⁵ Über die christliche Demokratie in Europa in der Zwischenkriegszeit siehe: *Durand, Jean-Dominique*, *L’Europe de la démocratie chrétienne*, Brüssel 1995.

⁵⁶ Vgl. *Papini, Roberto*, *L’Internationale démocrate-chrétienne. La coopération international entre les partis démocrates-chrétiens de 1925 à 1986*, Paris 1988, 33.

⁵⁷ Vgl. *Pezet, Ernest*, *Chrétiens au service de la Cité. De Léon XIII au Sillon et au MRP 1891–1965*, Paris 1965, 111-112.

⁵⁸ Vgl. *Delbreil, Jean-Claude*, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933)*, Metz 1972, 115; *Müller, Guido*, *Anticipated Exile of Catholic Democrats. The Secrétariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne*, in: *Wolfram Kaiser/Helmut*

daraufliegenden Jahr blieb sie dem Kongress vom 20. bis 21. Juli 1928 im niederländischen Bois-le-Duc fern. Das ist aus heutiger Sicht umso bedauerlicher als das Archiv der Pariser Nationalbibliothek ausschließlich Informationen über den Kongress in Bois-le-Duc bietet. Die beiden vorhergehenden Kongresse sind nicht dokumentiert. Am Kongress von 1928 nahmen Delegierte aus neun Ländern teil. Für Deutschland kamen acht vom Zentrum entsandte Delegierte: Julius Stocky, Ernesto Ruffini, Hans Broermann und fünf Abgeordnete des Zentrums: Joseph Joos, Wilhelm Hammacher, Christine Teusch, Heinrich Vockel und Heinrich Krone.⁵⁹ Joseph Joos stellte einen Bericht mit dem Titel „Die politische Lage in Deutschland und die Rolle des Zentrums“ vor.⁶⁰ Er erklärte der Zuhörerschaft, dass die Besetzung des Rheingebiets ein Ende haben sollte und das Saarland, das unter der Kontrolle des Völkerbundes stand, wieder voll und ganz zum Reich gehören sollte. Solange diese beiden Probleme nicht gelöst seien, würden die Deutschen am Friedenswillen der ‚Sieger‘ zweifeln. Gleichzeitig betonte er den Friedenswillen des deutschen Volkes mit bewegenden Worten, die von Helene Weber stammen könnten:

„Man kann nur hoffen, dass die offizielle Politik durch ihr zukünftiges Handeln, durch Abkommen und Verordnungen diesen Willen zur Einigung, der bereits heute besteht, noch weiter verstärkt: dann wird die Idee des Völkerbundes im deutschen Volk wie ein tiefer Glaube und eine unumstößliche Überzeugung verankert sein.“⁶¹

Am Ende seiner Rede musste sich Joseph Joos entsprechend dem üblichen Kongressablauf einer Reihe von Fragen stellen. Er versicherte unter anderem, dass „kein deutscher Politiker den Wunsch habe, das Elsaß von Frankreich zu trennen“⁶². Auch Julius Stocky betonte: „[Für] uns ist die politische Frage geklärt.“⁶³ Während der Sitzung des Exekutivkomitees ergriff Joseph Joos erneut das Wort, um zu bestätigen, dass das Zentrum den Völkerbund trotz seiner Parteilichkeit und seiner Misserfolge

Wohnout (Hg.), *Political Catholicism in Europe 1918–1945*, Bd. 1, London/New York 2004, 252-264, 256.

⁵⁹ Vgl. Liste des délégations, in: *Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d'inspiration chrétienne*, 1. November 1928, Nr. 1, 2-4.

⁶⁰ Joos, Rapport sur la situation politique en Allemagne et le rôle du parti du Centre, in: *Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d'inspiration chrétienne*, 1. November 1928, Nr. 1, 4-8.

⁶¹ Auf Französisch sagte er: „Dans le domaine extérieur, la politique de rapprochement et de solidarité européenne poursuivie depuis des années répond aujourd'hui à la volonté de l'immense majorité du peuple allemand. L'idée de la Société des Nations trouve l'approbation générale. Nous ne désirons que voir s'accroître encore l'autorité politique et morale de la Société des Nations. Il faut espérer que la politique officielle réussira par ses actes futurs, par les conventions et règlements qu'elle élaborera, à encourager encore cette volonté d'entente qui existe dès maintenant: alors l'idée de la Société des Nations prendra dans le peuple allemand la force profonde d'une foi populaire, d'une conviction inébranlable.“ Ebd., 5.

⁶² “[...] aucun homme politique allemand avait le désir de séparer l'Alsace de la France“. Ebd., 8.

⁶³ „[...] pour nous la question politique est réglée“. Ebd.

insbesondere bei der Entwaffnung seiner Mitgliedsstaaten unterstützte.⁶⁴ Diese Äußerungen schienen der Auffassung von Helene Weber, die zum damaligen Zeitpunkt die Politik von Gustav Stresemann und Aristide Briand unterstützte, zu entsprechen.⁶⁵

Die fünfte Tagung der ‚Internationalen Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘ fand vom 26. bis 28. Juli 1929 in Paris statt. Zur deutschen Delegation gehörten neben anderen Joseph Wirth, Konrad Adenauer, Joseph Joos, Helene Weber und Julius Stocky.⁶⁶ Helene Weber ergriff das Wort nicht. Die wesentlichen Reden hielt wiederum Joseph Joos. Er sprach die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches an und Julius Stocky prangerte den Young Plan an.⁶⁷ Das empörte den Franzosen A. Champetier de Ribes: „Es gibt Worte, die uns in Verlegenheit bringen und unser Handeln behindern.“⁶⁸ Es gab also immer noch Meinungsverschiedenheiten: Die Deutschen wünschten eine Aufhebung der Verträge und die Franzosen (die PDP) wollten, dass die Deutschen sie respektierten und lehnten eine Revision der Verträge ab.

Helene Weber reiste mit Joseph Joos und Julius Stocky zum Kongress nach Antwerpen vom 24. bis 26. Juli 1930. Im Zentrum der Diskussionen stand der Young Plan. Joseph Joos forderte eine Revision der Verträge, während Ernest Pezet nochmals versicherte, dass die Franzosen diese nicht akzeptieren würden. Die Meinungsverschiedenheiten blieben also unverändert bestehen.⁶⁹

Man versuchte aber die Zusammenarbeit weiter zu pflegen. Im Januar 1931 tagte das Exekutivkomitee in Paris, um eine gemeinsame Friedenserklärung der demokratischen Parteien christlicher Prägung auszuarbeiten. Die Abgeordneten des Zentrums verfassten einen Gegenentwurf, der die negativen Folgen der Wirtschaftskrise, welche eine Wiederherstellung des Friedens verhinderten, anprangerte. Diese wurde von den französischen Vertretern angenommen.⁷⁰

Auch Helene Weber bemühte sich um eine Intensivierung der Kontakte: Am 9. März 1931 hielt sie in Paris vor dem ‚Comité national d’Etudes sociales et politiques‘, anlässlich einer Tagung, an der sie zusammen mit Joseph Joos teilnahm, eine Rede.⁷¹ Die Presse berichtete allerdings nicht darüber, sondern interessierte sich nur für die Appelle von Joseph Joos an das katholische Frankreich. Pater Desbuquois, François Marsal, Adeodat Boissard, Pater Merklen und Mlle Dommanget antworteten darauf mit dem allgemein gehaltenen Thema der ‚Beziehungen zwischen den Katholiken und den

⁶⁴ Vgl. Joos, L’attitude du Centre allemand à l’égard de la SDN, in: Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d’inspiration chrétienne, 1. November 1928, Nr. 1, 24-25.

⁶⁵ Vgl. Pünder, Hermann, Frau Helene Weber, die ‚Europäerin‘, in: *KDFB*, 80. Geburtstag Weber, 96-99, 96; Bariéty, Jaques, Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe 1919–1932, in: Stephen A. Schuker (Hg.), Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, München 2000, 117-134.

⁶⁶ An ihrer Seite waren Vockel, Hermes, Bell, Brauns. Vgl. Pezet, Chrétiens au service, 112-113.

⁶⁷ Vgl. Delbreil, Les catholiques français, 116.

⁶⁸ „Il y a des paroles qui nous gênent et qui entravent notre action“. Zit. in ebd.

⁶⁹ Vgl. ebd., 182-183.

⁷⁰ Vgl. ebd., 183.

⁷¹ Vgl. Morsey, Rudolf, Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969, 521.

Parteien der Mitte in Frankreich und Deutschland‘.⁷² Das mangelnde Verständnis der Franzosen für die deutschen Belange und die Verstärkung der politischen Spannungen unter der Regierung Brüning (30. März 1930–30. Mai 1932) führten dazu, dass sich die deutschen Delegierten von den SIPDIC distanzierten. Im Dezember 1931 tagte das Exekutivkomitee erneut, diesmal in Luxemburg. Joseph Joos entschuldigte sich schriftlich dafür, dass die deutsche Delegation nicht kommen konnte. Im Oktober 1932 fand der Kongress in Köln statt.⁷³ Die Abwesenheit der Deutschen zeigt, dass es im Dezember 1931, also bereits bevor Hitler an die Macht kam, zwischen den Vertretern des Zentrums und denen der PDP zum Bruch gekommen war.⁷⁴

III. Überleitung 1933–1945

Helene Weber reagierte mit Empörung auf Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933. Am 23. März 1933 stimmte sie allerdings aus Parteigehorsam dem Ermächtigungsgesetz zu, obwohl sie zunächst mit elf anderen Zentrumsabgeordneten – darunter Joseph Joos und Heinrich Brüning – während der Probeabstimmung ihrer Partei dagegen gestimmt hatte.⁷⁵ Kurz danach wurde sie aus dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entlassen. Am 5. Juli verlor sie auch ihr Abgeordnetenmandat, als ihre Partei sich selbst offiziell auflöste.⁷⁶ Sie widmete sich wieder der katholischen Verbandsarbeit. Bis 1943 wohnte sie in Berlin-Schöneberg, wo sie die Bombenangriffe ‚im Todesschatten‘ erlebte, und dann bei ihrer Schwester in Marburg.⁷⁷ Wie die Historikerin Heide-Marie Lauterer schreibt, „interpretierte Helene Weber im Nachhinein ihre Situation im Dritten Reich als religiöse Prüfung, die ihr nicht erlaubt habe, sich resigniert ins Privatleben zurückzuziehen“.⁷⁸

Im Herbst 1945 siedelte Helene Weber nach Essen über, wo sie im Haus des Katholischen Frauenbundes wohnte, begann wieder politisch tätig zu werden und engagierte sich bei der Gründung der CDU in Essen.⁷⁹ Ihr politisches Engagement wurde schnell intensiver und im April 1947 war sie eine der vier Frauen des 37 Mitglieder umfassenden Zonenbeirats, der im März 1946 von der britischen Militärregierung gegründet und 1947 umstrukturiert wurde.⁸⁰ 1948/49 wurde sie

⁷² „Les Relations entre catholiques et partis centristes de France et d’Allemagne“.

⁷³ Dabei ereignete sich folgender Zwischenfall: Junge Hitleranhänger drangen in das Kongressgebäude ein. Vgl. *Delbreil*, *Les catholiques français*, 183.

⁷⁴ 1933 fand der Kongress in Wien statt, wo Ernest Pezet und Joseph Wirth, der dort im Exil lebte, sich trafen. Vgl. ebd., 184.

⁷⁵ Vgl. *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 201.

⁷⁶ Vgl. ebd., 230.

⁷⁷ Vgl. Brief von Helene Weber an Christine und Käthe Teusch vom 21. Dezember 1943, zit. nach: *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 235.

⁷⁸ Ebd., 245-247, hier 245.

⁷⁹ Vgl. ebd., 290, 310-313.

⁸⁰ Vgl. ebd., 345.

Mitglied des Parlamentarischen Rates und von 1949 bis zu ihrem Tod 1961 war sie Mitglied des deutschen Bundestages.⁸¹

Helene Webers Engagement für Europa begann erst 1950, als es der Bundesrepublik als Staat wieder erlaubt wurde, Außenpolitik zu betreiben. Ihr Engagement für den Frieden und die deutsch-französische Annäherung hatte jedoch schon früher begonnen. In einem Vortrag in Stuttgart am 1. September 1946 reflektierte sie über die schrecklichen Jahre unter dem nationalsozialistischen Joch. Sie bedauerte den Ausgang der Ereignisse nicht: „Und dann kam mit dem 3. Reich der Weltkrieg, der verlorengegangen ist und verlorengehen musste, nicht nur für uns; leider muß man das sagen und hat einen Schmerz nicht nur als deutsche Frau, sondern für die Welt.“⁸² Ihrer Meinung nach untergruben die tieferen Gründe des Krieges die europäischen Gesellschaften noch immer. Sie erklärte: „Eine Bewegung, die immer noch anläuft, ich weiß nicht, wann sie ihr Ende erreicht hat, aber sie ist noch immer im Gange – das ist jene Bewegung der Verweltlichung, der Säkularisation, die die Welt herausnimmt aus den göttlichen Ordnungen, Stück für Stück, wirtschaftlich und kulturell, zuletzt die Zivilisation.“ Sie bedauerte zutiefst, „wie friedlos die Welt [war]“ und wie sehr gerade die Unschuldigen leiden mussten, insbesondere „die Säuglinge mit den Müttern“. Sie war der Meinung, dass nur eine „neue Geistlichkeit“ Deutschland vor dem Abgrund retten könne und dass die deutschen Frauen nach dem Beispiel der Jungfrau Maria eine zentrale Rolle spielen sollten, damit sich diese „religiöse Erneuerung“, diese „Erneuerung im Glauben“, vollziehen könne. Sie machte darauf aufmerksam, dass diese Erneuerung Zeit brauche, da es unmöglich sei, schnell zu entnazifizieren. Sie lud die katholischen Frauen ein, ihre Position zu festigen: „Ich sage Ihnen, das Bürgertum ist zerbrochen. Wir müssen einen neuen gesellschaftlichen Aufbau in Deutschland erhalten, und der wird entweder von den anderen oder den Christen gestaltet.“ Diese gut eine Stunde dauernde Rede ist insgesamt interessant, da man feststellen kann, dass der Nationalsozialismus die Vorstellungen Helene Webers über die politische Rolle der katholischen Frauen gestärkt hatte. Sie erklärte:

„Dann kann man nachher sagen, ich wusste es nicht. Ich wusste von den KZ, ihren Vergehen, der Judenverfolgung usw. Nein, Du sollst es wissen vor Gottes Antlitz, Du sollst Dich auf dieser Welt entscheiden und endlich tapfer sein und Deine Furcht abwerfen, dass es keine christlichen Frauen geben darf ohne politische Bildung und ohne politische Entscheidung.“

Für Helene Weber konnte der Frieden nur dann auf Dauer wiederhergestellt werden, wenn die katholischen Frauen ihre Rolle in der Politik wirklich wahrnahmen.

⁸¹ Vgl. Holz, Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960, Königstein/Taunus 2004, 60-62. Siehe auch die Beiträge von Annett Büttner und Stefanie Pfennig.

⁸² Archiv KDFB, ohne Signatur, Vortrag von Frl. Dr. Helene Weber am 1. September [1946] in Stuttgart: Die christliche Frau an der Wende der Zeit. (ebenso die folgenden Zitate)

IV. Helene Weber als Europäerin nach 1945

IV.1. Helene Weber als Delegierte des Bundestages zur beratenden Versammlung des Europarates nach 1945

IV.1.1. Die bescheidene Stellung Helene Webers

Während des Zweiten Weltkrieges waren zahlreiche Gruppen aus dem Widerstand heraus entstanden mit dem Ziel, ein anderes Europa als das der Nationalsozialisten zu errichten. Etwa 800 Personen aus diesen Gruppen versammelten sich vom 8. bis 10. Mai 1948 in Den Haag. Die Mächte des Brüsseler Paktes schlossen sich ihrer Initiative bald an, hatten aber unterschiedliche Zielsetzungen: Belgien und Frankreich schlugen vor, eine europäische parlamentarische Versammlung zu gründen, während Großbritannien eher einen europäischen Ministerrat ins Leben rufen wollte. Im Herbst 1948 gründeten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Großbritannien einen Ausschuss, der den Auftrag erhielt, den französisch-belgischen und den britischen Vorschlag zu prüfen. Man fand einen Kompromiss, indem man eine ‚beratende‘ Versammlung gründete und sie einem Ministerkomitee unterstellte, dessen Entscheidungen von den Regierungen der Mitgliedsstaaten allerdings nicht zwangsläufig umgesetzt werden mussten. Die Mitglieder der beratenden Versammlung sollten die jährlichen Berichte des Ministerkomitees analysieren. Das Ministerkomitee sollte Übereinkommen erzielen und nicht-bindende Empfehlungen aussprechen. Es war aber nicht gehalten, den Ratschlägen und den Empfehlungen der Beratenden Versammlung zu folgen. Ein Sekretariat sollte den beiden Organen des Europarats zur Seite stehen.⁸³ Man lud Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden ein, sich an dem Vorhaben zu beteiligen. Straßburg wurde als Sitz des Europarats gewählt. Am 5. Mai 1949 wurden die Statuten des Europarats in London von zehn Ländern (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden) unterzeichnet.⁸⁴ Er stand allen demokratischen europäischen Ländern offen.

Im August 1949 stellte Winston Churchill auf der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats eine Frage: „Wir sind hier eine illustre Versammlung – aber wo sind die Deutschen?“⁸⁵ Und dann erklärte er, dass

„die Schaffung einer Europäischen (Parlamentarischen)
Versammlung ein wirksames Mittel und möglicherweise

⁸³ Außerdem koordiniert ein „Gemischter Ausschuss“ seit 1950 die Arbeiten der beratenden Versammlung und des Ministerkomitees. Heinrich von Brentano, Lord Layton, Georges Bidault, Maxwell Fyfe, sowie die Herren Mercuris und Moe gehörten ihm an. Vgl. Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Europarat, Bd. 45, *Hermann Pünder/Georg Federer*, Bericht über die Teilnahme der Delegierten des Bundestages an der zweiten Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 7. bis 28. August 1950, 10.

⁸⁴ Vgl. Die Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949, in: *Otto Schmuck* (Hg.), *Vierzig Jahre Europarat. Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive?* Bonn 1990, 258-270, 259.

⁸⁵ *Medefind, Heinz*, *Die Deutschen im Europarat. Zwei Jahrzehnte Nachkriegspolitik im Spiegel von Strassburg. Ein Bericht und eine Dokumentation* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung) München 1972, 15.

das einzige unmittelbar wirkende Mittel war, um ein demokratisches und freies Deutschland mit den westlichen Demokratien zu verbinden....⁸⁶

Vor dem Ende der ersten Sitzungsperiode beschloss die Beratende Versammlung, dass Deutschland eingeladen werden sollte, beizutreten. Ende März 1950 sandte der Generalsekretär des Europarats, J. C. Paris, eine förmliche Einladung an Konrad Adenauer: Gemäß der Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949 sollte Deutschland assoziiertes Mitglied des Europarats werden.

Am 13. Juni 1950 stimmten die Abgeordneten des Bundestages über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat ab: 218 Abgeordnete stimmten mit Ja, 151 Abgeordnete der SPD, des Zentrums und der KPD mit Nein und 9 enthielten sich der Stimme. Die Bundesrepublik zog im Laufe der zweiten Tagung in Straßburg vom 7. bis 28. August 1950 in die beratenden Versammlungen des Europarates offiziell ein.

Die Versammlung war in sechs Ausschüsse unterteilt, um effizienteres Arbeiten zu gewährleisten: Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten, Ausschuss für Geschäftsordnung, Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Ausschuss für soziale Fragen, Ausschuss für kulturelle und wissenschaftliche Fragen und Ausschuss für Rechts- und Verwaltungsfragen. Diese Ausschüsse tagten auch außerhalb der Sitzungsperiode der Versammlung, um Berichte zu verfassen, die dann während der darauffolgenden Versammlung den Teilnehmern zur Abstimmung vorgelegt wurden. Jedes Land verfügte über eine bestimmte Anzahl von Sitzen. An der Spitze stand ein ständiger Ausschuss. Am 11. August 1950 wurden die Ausschüsse neu konstituiert und um 3 bis 4 Plätze erweitert, um die neuen Länder (Deutschland, Irland, Saargebiet) aufzunehmen. Die deutschen Delegierten erhielten in jedem Ausschuss drei Plätze und in den Unterkommissionen der Hauptausschüsse zusätzliche Plätze, so dass sich deren Zahl insgesamt auf 29 belief. Heinrich von Brentano (mit Hermann Pünder als Stellvertreter), Gerhard Lützens (mit Wilhelm Birkelbach als Stellvertreter) und Hermann Schäfer (mit Karl-Georg Pfeleiderer als Stellvertreter) waren Mitglieder im Ständigen Ausschuss. Helene Weber erhielt von den deutschen Delegierten keinen Platz zugewiesen. Sie wurde lediglich als Stellvertreterin des Fürsten Fugger in den Ausschuss für Geschäftsordnung unter der Leitung von van Cauwelaert und zur Stellvertreterin von Dr. Eugen Gerstenmaier in den Ausschuss für soziale Fragen unter der Leitung von Serrarens gewählt.⁸⁷

Am 19. August erhöhte man die Anzahl der Vizepräsidenten um 2 Plätze, damit die Neuankömmlinge auch auf höchster Ebene vertreten waren. Die Versammlung wählte einen Parteikollegen von Helene Weber, Heinrich von Brentano, und den Türken Uergüplü, auch er ein Neuankömmling, zum Vizepräsidenten. Die vier anderen Vizepräsidenten – François de Menthon (Frankreich), Lord Layton (Großbritannien),

⁸⁶ Ebd., 16.

⁸⁷ Vgl. *Pünder/Federer*, Bericht, 4-5.

Jacini (Italien) und Gjöres (Schweden) – waren bereits während der ersten Tagung wiedergewählt worden.⁸⁸

Als Vorsitzender der deutschen Delegation schien Hermann Pünder den Aufstieg Helene Webers in die europäischen Instanzen nicht besonders gefördert zu haben. Dennoch kannte er, der auch aus dem katholischen Rheinland stammte, Helene Weber seit langem. In der Weimarer Republik war Hermann Pünder von 1926 bis 1932 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei gewesen. Im Oktober 1945 hatte ihm der britische Militärbefehlshaber der Nordrhein-Provinz, Brigadier John Barraclough, das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln angeboten, nachdem der britische Offizier am 6. Oktober Konrad Adenauer entlassen hatte. Außerdem war Hermann Pünder Vorsitzender des Verwaltungsrats vom März 1948 bis September 1949.⁸⁹ Dank seiner glänzenden Karriere und seiner Zugehörigkeit zur CDU, der für die Einigung Europas wichtigsten Partei, war er der ideale Kandidat für die Leitung der deutschen Delegation. Dennoch war dieser Posten nur ein Trost, da Konrad Adenauer ihn im September 1949 einfach übergangen hatte. Der neue Kanzler misstraute seinem Nachfolger im Bürgermeisteramt von Köln, der ein Vertrauter von Heinrich Brüning war. Dieser hatte offensichtlich seinem Wunsch, auf der politischen Bühne Deutschlands wieder eine Rolle zu spielen, Ausdruck verliehen und hätte sich, um das zu erreichen, auch auf Hermann Pünder stützen können. Unter diesen Umständen ist leicht verständlich, dass dieser mit Helene Weber, einer Vertrauten von Konrad Adenauer, nicht eng zusammengearbeitet hat. Die äußerst bescheidene Stellung von Helene Weber in diesen Ausschüssen ist ohnehin nicht erstaunlich, da sich unter den deutschen Delegierten beziehungsweise den Teilnehmern an der zweiten Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats kaum zehn Frauen befanden.

IV.1.2. Helene Weber, die deutschen Kriegsgefangenen und die Kriegsverbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs

Während der Arbeitssitzungen verhielt sich die Mehrzahl der Teilnehmer wohlwollend gegenüber den neuen deutschen Kollegen, doch die Atmosphäre war bei weitem nicht entspannt. Die Deutschen kamen im August 1950 genau in dem Moment neu hinzu, als die Anhänger der Bildung einer Europäischen Politischen Behörde auf Grund der politischen Ohnmacht der beratenden Versammlung äußerst verärgert waren.⁹⁰ Die Deutschen waren mit der Hoffnung nach Straßburg gekommen, den baldigen Abschluss eines europäischen Bundespaktes zu erreichen. Doch mussten sie sich schnell der Realität stellen: ihr Projekt, das dem vom Europa-Kongress in Den Haag 1948 angenommenen Vorschlag entsprach, stieß insbesondere seitens der englischen und skandinavischen Abgeordneten, die in ihrer Mehrheit entschieden gegen ein vereintes föderalistisches Europa waren, auf sehr starken Widerstand.

⁸⁸ Vgl. ebd., 3, 6.

⁸⁹ Vgl. *Morsey, Rudolf*, Hermann Pünder (1888–1976), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 9, Münster 1999, 183-198.

⁹⁰ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 4. Sitzung, 146 ff.

Im August 1950 konnten die Deutschen zwar nicht die Zusage erlangen, dass eines Tages ein Bundespakt unterzeichnet würde, doch der Europarat ermöglichte ihnen, die Probleme ihres Landes darzustellen und um Verständnis zu werben. Diese Aufgabe übernahmen vier Redner: die Sozialistin Louise Schroeder,⁹¹ der SPD-Abgeordnete Ernst Paul, der CDU-Abgeordnete Hans Schütz und Helene Weber, die am 25. August 1950 ihre erste Rede im Europarat hielt. Die Flüchtlingsfrage lag Schroeder, Paul und Schütz offensichtlich ganz besonders am Herzen: Bei der Themenwahl entschieden sich alle drei für diese Problematik.⁹² Nur Helene Weber, die als vierte das Wort ergriff, sprach über ein anderes Thema: die Kriegsverbrecher, die in Frankreich angeklagt waren.⁹³

Helene Weber hatte zwar sehr gute Frankreichkenntnisse, galt aber nicht als Expertin, wenn es um deutsche Kriegsgefangene in französischen Internierungslagern ging. Andere deutsche Politiker, insbesondere der CDU-Abgeordnete Eugen Gerstenmeier, hatten sich dieses Problems schon früher angenommen. Dieser hatte in einer viel beachteten Rede vor dem deutschen Bundestag im Dezember 1949 Frankreich aufgefordert, sich zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener zu äußern.⁹⁴

Bereits unmittelbar vor Kriegsende stellte sich in Frankreich die Frage, was mit den deutschen Kriegsgefangenen in französischen Internierungslagern geschehen sollte. Für die Franzosen war die deutsche Besatzung ein traumatisches Ereignis.⁹⁵ Die Militärbefehlshaber hatten entschieden, ab Herbst 1941 die Sabotageakte der Résistance mit der Deportation von Juden und Kommunisten zu beantworten, auch wenn sie auf diese Begründung der Deportation möglicherweise nur gewartet hatten.⁹⁶ Ab dem Sommer 1942 hatte die Gestapo immer mehr Razzien und Exekutionen von Geiseln durchgeführt. Angesichts dieser massenhaften Morde verlangte die französische Bevölkerung am Ende des Krieges nicht nur die Bestrafung der Kollaborateure, sondern auch der Deutschen, die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und die Kriegsgefangenen begangen hatten. Der Pariser Rechtsgelehrte René Cassin, der auf De

⁹¹ Helene Weber kannte Louise Schroeder gut, denn sie hatten in den zwanziger Jahren, als sie beide Abgeordnete des Reichstages waren, zusammengearbeitet. Damals genoss Helene Weber unter den übrigen weiblichen Abgeordneten hohes Ansehen, denn sie wandte sich oft an sie, um die ihr wichtigen politischen Projekte zu verteidigen. Louise Schroeder und Helene Weber gehörten zwar zwei konkurrierenden Parteien an, doch ihre Vorstellungen von der Frau und ihrer Rolle in der deutschen Gesellschaft überschritten sich in vielerlei Hinsicht. Sie waren in der Lage, die Unterschiede zu überwinden, um gemeinsam mehr Einfluss auf die sozialpolitischen Entscheidungen, insbesondere im Bereich des Kinder- und Mutterschutzes, auszuüben. Vgl. *Teusch, Christine/Löbe, Paul/Krone, Heinrich, Die Parlamentarierin*, in: *Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens*, 71-80, 77.

⁹² Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 14. Sitzung, 788 ff., 820 ff.

⁹³ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 17. Sitzung, 924 ff.

⁹⁴ Vgl. *Frei, Norbert, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, 181-183.

⁹⁵ Vgl. *Meyer, Ahlrich, Die Razzien in Marseille 1943 und die Propagandaphotographien der deutschen Wehrmacht*, in: *Francia* 22/3 (1995), 127-154; *Meyer, Ahlrich, Die Deutsche Besatzung in Frankreich 1940-1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000.

⁹⁶ Vgl. *Delacor, Regina M., Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42*, Stuttgart 2000.

Gaulles Appell hin diesem 1940 nach London gefolgt war, wurde 1944 damit beauftragt, Vorschläge zur Änderung des französischen Strafrechts auszuarbeiten, damit die Kriegsverbrecher in Frankreich angeklagt werden konnten. Man wollte verhindern, dass sie sich, wie nach dem Ersten Weltkrieg, vor deutschen Gerichten zu verantworten hätten, weil man sich erinnerte, dass die wenigen Verbrecher, die tatsächlich vor Gericht standen, nach den sogenannten ‚Leipziger Prozessen‘ freigesprochen wurden.⁹⁷

Am 10. Oktober 1944 – kurz nach der Errichtung der provisorischen Regierung unter Charles De Gaulle am 9. September 1944 – wurde der Service de Recherche des Crimes de Guerre ennemis (SRCGE) im Pariser Justizministerium eingerichtet. Diese Dienststelle wurde damit beauftragt überall auf der Welt Kriegsverbrecher aufzuspüren. In der Praxis hatte sie allerdings wegen der Wirtschaftskrise und der Kommunikationsschwierigkeiten nicht die Möglichkeit, ihre Recherchen außerhalb Frankreichs ohne die Hilfe der Alliierten fortzusetzen. Bis zum Sommer 1947 lieferten die Amerikaner und die Engländer den Franzosen Kriegsverbrecher aus. Mitte 1947 hörten sie damit auf, weil sie vor dem Hintergrund des verschärften Ost-West-Konflikts die deutsche Bevölkerung, die diese Maßnahmen immer weniger akzeptierte, nicht gegen sich aufbringen wollten.⁹⁸ Die Suche nach deutschen Tätern in den französischen Kriegsgefangenenlagern erwies sich wegen des Mangels an kompetenten Übersetzern als besonders schwierig.⁹⁹ Deswegen wurde am 15. September 1948 im französischen Parlament ein neues Kriegsverbrechergesetz verabschiedet, dessen Ziel es war, mutmaßliche Kriegsverbrecher bereits für ihre Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation, wie zum Beispiel der Waffen-SS, zu belangen.

In ihrer Rede im Europarat erklärte Helene Weber, aus welchen Gründen die deutsche Öffentlichkeit ganz besonders empört sei. Erstens verurteilte sie das Prinzip der vermeintlich per Gesetz vom 15. September 1948 eingeführten Kollektivhaftung.¹⁰⁰ Das Gesetz vom 15. September 1948 wurde sogar in Frankreich lebhaft kritisiert. In einem berühmten, in *La France catholique* vom 7. Juli 1950 erschienenen Artikel, zögerte Gabriel Marcel nicht, es als „ein Gesetz [zu bezeichnen], das durch die Nazizeit kontaminiert [war]“.¹⁰¹ Darüber hinaus prangerte Helene Weber die Langsamkeit der französischen Justiz an. Sie erinnerte daran, dass der Hohe französische Kommissar, André François-Poncet, Konrad Adenauer Ende 1949 versprochen hatte, dass am 1. Oktober 1950 nur noch 234 Fälle (das entspricht 600 Angeklagten) zu behandeln wären und, abgesehen von zwei Fällen, der Rest vor Ende Juni 1950 untersucht werden würde. Doch dieses Versprechen konnte nicht gehalten werden, da bis zu diesem Zeitpunkt erst

⁹⁷ Nur 3 von den insgesamt 900 Personen, deren Namen die Franzosen übergeben hatten, standen vor Gericht. Vgl. *Hankel, Gerd*, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003; *Becker, Jean-Jacques*, Le procès de Leipzig, in: *Annette Wiewiorka* (Hg.), Les procès de Nuremberg et de Tokyo, Brüssel 1996, 51-60.

⁹⁸ Vgl. *Moisel, Claudia*, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004, 238-239.

⁹⁹ Vgl. ebd., 153.

¹⁰⁰ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 17. Sitzung, 924 ff.

¹⁰¹ Gabriel Marcel in: *La France catholique*, 7. Juli 1950: „une loi qu'a contaminé l'époque hitlérienne“.

zu wenige Anklagen erhoben worden waren. Viele Haupttäter, deren schwere Verbrechen lange Ermittlungen erforderten, waren noch nicht vor Gericht.¹⁰² Das galt zum Beispiel für die vermutlich 200 Soldaten der Waffen-SS, die am 10. Juli 1944 die Bevölkerung des französischen Dorfes Oradour systematisch ermordet hatten: als die Ermittlungen im Oktober 1949 für abgeschlossen erklärt wurden, warteten nur sieben Deutsche und ein Franzose im Gefängnis auf ihren Prozess.¹⁰³

Offensichtlich empfand Helene Weber das Bedürfnis, sich über die Frage der Kriegsverbrecher zu informieren, da sie während einer Sitzung in Bonn am 2. November 1950 sehr ausführliche Notizen machte. Ganz besonders besorgte sie das Schicksal der wegen Folterungen von Gefangenen zum Tode verurteilten Polizeibeamten, „da der Präsident der französischen Republik wiederholt zu erkennen gegeben hat, dass er nicht geneigt ist, in den Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu machen, in denen der Gegenstand der Verurteilung Folterungen sind“.¹⁰⁴ Das strukturell Böse des Dritten Reiches war Helene Weber offenbar nicht bewusst. Nach ihrer Meinung durften sogenannte ‚verschärfte Verhöre‘ durch die deutschen Besatzer nur „bei solchen Personen angewandt werden, bei denen ein begründeter Verdacht bestand, dass sie Kenntnis von der Person anderer Maquis-Mitglieder hatten oder das Versteck von Waffen kannten“. Sie bestritt zwar nicht, dass bei diesen verschärften Verhören Grausamkeiten begangen worden waren, doch handelte es sich in ihren Augen lediglich um Übergriffe, da „den Anweisungen zufolge für die verschärften Verhöre nur strenge Haft, Nahrungsentzug und Schläge angewandt [wurden], auch diese nur in beschränktem Umfang, gegebenenfalls unter Zuziehung eines Arztes“. Ihrer Meinung nach war die Strenge der französischen Gerichte nicht gerechtfertigt und beruhte auf fünf Faktoren: Erstens unterschied die französische Öffentlichkeit nicht zwischen dem Vorgehen der dem Militär unterstellten Polizeistellen und dem der Gestapo und des SD; zweitens dachten die Franzosen, dass die deutsche Polizei systematisch auf Mittel der Gewalt zurückgriff, da diese Methoden bei der französischen Polizei, die „Verhaftete zunächst einmal verprügelte“, ohne dass jemand daran besonderen Anstoß nahm, sehr verbreitet waren; drittens machte die französische Öffentlichkeit die Polizisten für die Deportationen verantwortlich, ohne zu wissen, dass „untergeordnete Beamte über Deportationen nicht zu entscheiden hatten“; viertens waren die Aussagen französischer Belastungszeugen aus zwei Gründen unzuverlässig: Sie waren älter als fünf Jahre und dienten oft dem eigenen Schutz, um nicht selbst der Kollaboration angeklagt zu werden; fünftens wurden die Urteile über die Deutschen vom Feind gefällt, der sich nach Vergeltung sehnte.¹⁰⁵ Wie viele ihrer Zeitgenossen hatte Helene Weber offensichtlich

¹⁰² Vgl. Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Europarat, Bd. 45, Note d’information concernant la question des prisonniers de guerre détenus en France. Information zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. 15. September 1950, 2-3.

¹⁰³ Zwischen 1945 und 1946 wurden aber zahlreiche Todesurteile gefällt, so gegen Robert Wagner, Chef der Zivilverwaltung im Elsass. Vgl. *Moisel*, Frankreich, 97-102.

¹⁰⁴ Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand, Ed 160, Europarat, Bd. 45, Aufzeichnung, 2. November 1950.

¹⁰⁵ Vgl. ebd. Zur wissenschaftlichen Bewertung der Frage der Kollaboration vgl. *Aron, Robert*, Histoire de l’épuration, Paris 1974; *Nowick, Peter*, L’épuration française 1944–1949, Paris 1985; *Roussio, Henry*, Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours, Paris 1987.

keine Vorstellung von der Instrumentalisierung der Polizei in den besetzten Gebieten und von den auch durch Polizeieinheiten begangenen Verbrechen während des 2. Weltkriegs.

IV.1.3. Helene Weber, die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die europäische Sozialcharta

Hat Helene Weber bei der Annahme der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, unterzeichnet am 4. November 1950 und in Kraft getreten am 3. September 1953, und bei der Verabschiedung der europäischen Sozialcharta, unterzeichnet am 18. Oktober 1961 und in Kraft getreten am 26. Februar 1965, wirklich eine Rolle gespielt? Das zumindest behauptet zum Beispiel Rudolf Morsey im *Lexikon der christlichen Demokratie*.¹⁰⁶

Der Name Helene Weber erscheint zwar relativ häufig in den Sitzungsprotokollen der CDU, doch wird schnell deutlich, dass sie sich damit begnügte, mit wenigen Sätzen einer Äußerung zuzustimmen oder ihr zu widersprechen. So zum Beispiel auf der Fraktionssitzung vom 27. Juni 1955, bei der sie in kurzen Worten bedauerte, dass nur so wenige Abgeordnete der CDU und der CSU an der Abstimmung über die Montan-Union, deren entschiedene Verfechterin sie war, teilgenommen hatten.¹⁰⁷

Längere Redebeiträge waren eher die Ausnahme. Das war beispielsweise auf der Fraktionssitzung vom 6. November 1956 der Fall. Es ging zum großen Teil um die Suez-Krise und die ungarischen Aufstände gegen die sowjetischen Besatzungstruppen. Aus diesem Anlass betonte Helene Weber, dass Deutschland sich nicht gegenüber Frankreich und Großbritannien, unabhängig von den Fehlern, die diese beiden Nationen in diesen Krisen begangen hätten, und ungeachtet ihrer Passivität im Fall Ungarn, isolieren dürfe. In den Sitzungsprotokollen steht:

„Frau Dr. Weber betont die Notwendigkeit, die europäische Politik zu verstärken, weil man nur so den Russen zeigen könne, dass es keinen Sinn habe, ein starkes Europa anzugreifen. In dieser Politik müsse man den Bundeskanzler unterstützen.“¹⁰⁸

Wie Konrad Adenauer war Helene Weber davon überzeugt, dass die westeuropäischen Länder zu schwach waren, um sich gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Sie mussten sich ihrer Meinung nach einigen, um gegenüber den Vereinigten Staaten, der einzigen Macht, die Westeuropa gegen die Rote Armee verteidigen konnte, eine gewisse politische Autonomie zu erreichen.

Auch in den Sitzungsberichten der beratenden Versammlung erscheint der Name Helene Weber so gut wie nicht. Wenn er doch erwähnt wird, dann nur im

¹⁰⁶ Vgl. Morsey, Rudolf, Weber, Helene, in: *Ders. u.a.* (Hg.), *Lexikon der christlichen Demokratie*, Paderborn u.a. 2002, 393-394.

¹⁰⁷ Vgl. Heidemeyer, Helge, *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, Bd. 1, Düsseldorf 2003, 698.

¹⁰⁸ *Ders.*, *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, Bd. 2, Düsseldorf 2003, 1296.

Zusammenhang mit klar umrissenen Themen wie Familien- und Frauenrechte. Sie interessierte sich zum Beispiel für das Recht der Eltern, die Schule ihrer Kinder frei zu wählen: Am 7. Dezember 1951 meldete sie sich zu Wort, um ihrer Genugtuung darüber Ausdruck zu verleihen, dass dieses Recht von der Rechtskommission als wesentlich anerkannt wurde.¹⁰⁹ Am 3. Mai 1958 unterstützte sie die Ratifizierung der Konvention vom 2. Dezember 1949 zur Bekämpfung und Abschaffung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Prostituierten. Helene Weber sprach sich gegen Bordelle und für ein Verbot der Prostitution in ganz Europa aus. Diese Fragen der öffentlichen Moral lagen ihr am Herzen. Insofern war ihr diesbezügliches Engagement auf europäischer Ebene nur eine Verlängerung ihrer Bemühungen in der Bundesrepublik.¹¹⁰ Am 22. Januar 1959 ergriff sie das Wort, um die Mitglieder des Europarates zu ermutigen ein kleines Abzeichen mit dem Bild des Brandenburger Tores zu tragen, um so ihrem Wunsch nach der Wiedervereinigung Deutschlands Ausdruck zu verleihen.¹¹¹

Aus den Protokollen geht hervor, dass Helene Weber in ihren Beiträgen nur ein einziges Ziel verfolgte: die Verabschiedung der Sozialcharta. Nach 1950 bezogen sich alle ihre längeren Reden auf dieses Thema. Sie wurde außerdem beauftragt, über dieses Projekt einen Bericht zu verfassen, den sie am 17. September 1954 vorlegte. Am 23. September 1953, am 23. September 1954, am 18. Oktober 1955 und am 24. Oktober 1956 meldete sich Helene Weber zu Wort, um die Annahme der Sozialcharta zu unterstützen.¹¹² Am 18. Oktober 1955 erklärte sie, dass „diese das Gegenstück zur europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen sollte.“¹¹³ Sie fuhr fort, dass „[die] sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte genauso garantiert werden müssten wie die Menschenrechte.“¹¹⁴ Sie schloss ihre Rede mit folgenden Worten, die ihre sozialpolitischen Vorstellungen in Bezug auf Europa verdeutlichen:

„Meine Freunde und ich begrüßen die Verabschiedung einer europäischen Wirtschafts- und Sozialcharta mit großer Freude. Da die politische Einigung Europas – weiterhin das wichtigste Ziel, das wir anstreben – noch nicht verwirklicht werden konnte, ist es wichtig, vor allem im sozialen Bereich eine Harmonisierung zu erreichen und einen Austausch zwischen den Völkern der Mitgliedsstaaten des Europarates zu entwickeln. Wir sind der Meinung, dass eine europäische Sozialcharta neben denen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation ihren Platz hat. Europa hat seine

¹⁰⁹ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 7. Dezember 1951.

¹¹⁰ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 3. Mai 1958.

¹¹¹ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 22. Januar 1959.

¹¹² Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 23. September 1953; Sitzungsbericht 29. September 1954; Sitzungsbericht 28. Oktober 1955; Sitzungsbericht 24. Oktober 1956.

¹¹³ „Elle [devait] constituer le pendant à la Convention européenne des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentale“. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 28. Oktober 1955.

¹¹⁴ „Elle expliqua que „[les] droits sociaux, économiques et culturels [devaient] être garantis de la même façon que les Droits de l'Homme“. Ebd.

eigene Sozialstruktur, und es hat auch eine soziale Aufgabe, insbesondere gegenüber Russland und seinen Satellitenstaaten. Dennoch müssen wir die sozialen Ziele im kalten Lichte der wirtschaftlichen Möglichkeiten betrachten. Unser unverrückbares Ziel muß die Einigung Europas sein. Es werden noch viele Änderungen an diesem uns vorgelegten Entwurf nötig sein, doch in einem Punkt sind wir uns alle einig: wir wollen ein soziales Europa.“¹¹⁵

Am 19. Januar 1960 hielt sie nochmals eine lange Rede über dieses Thema: Gemäß Helene Weber sollte die Charta die sozial Schwächsten schützen, indem sie ihnen Pflichten übertrug und gleichzeitig die Mittel an die Hand gab, sich gegen ihre Arbeitgeber zu wehren.¹¹⁶ Wie viele ihrer Kollegen in Straßburg war sie davon überzeugt, dass die Reden in der beratenden Versammlung des Europarats eine Auswirkung auf die demokratischen Regierungen Europas und die jeweilige Öffentlichkeit haben würden. Die Geschichte der europäischen Einigung hat gezeigt, dass diese Wirkung letztendlich ziemlich beschränkt war, aber Helene Weber und ihre Kollegen waren noch von in gewissem Sinne naiver Begeisterung erfüllt.

IV.2. Helene Webers Engagement für Europa in den internationalen katholischen Frauenverbänden

Helene Weber veröffentlichte zahlreiche Artikel in *Frauenland*, in der *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* und in den *Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei*, die sich ausdrücklich mit dem Frieden befassten.¹¹⁷ Über diese Vereinszeitschriften konnte sie viele katholische Frauen erreichen. Ihr Engagement für Europa in Vereinen ist aber nur schwer durch Dokumente aus den Archiven zu belegen. Auf den Generalversammlungen der KDFB beispielsweise ergriff Helene Weber nie das Wort, um ihre Vorstellungen vom Frieden darzulegen. Abgesehen von einigen geschönten Berichten zu ihrer Person weiß man aber sehr wenig über ihre Tätigkeiten in der Union catholique internationale de Service social (UCISS)

¹¹⁵ „En résumé, mes amis et moi-même accueillons avec satisfaction l'institution d'une Charte économique et sociale européenne. Puisque l'unification politique de l'Europe – qui demeure le but principal auquel nous aspirons – n'a pu encore être réalisée, il importe, surtout dans le domaine social, de parvenir à une harmonisation et de développer les échanges entre les peuples des pays membres du Conseil de l'Europe. Nous estimons aussi qu'une Charte sociale européenne a sa place à côté de celle des Nations Unies et de l'Organisation Internationale du Travail. L'Europe a sa propre structure sociale; elle a aussi une mission sociale, notamment par rapport à la Russie et à ses satellites. Nous devons toutefois envisager les objectifs sociaux dans la froide perspective des possibilités économiques. Notre but immuable doit être l'unification politique de l'Europe. Il nous faudra encore faire subir maintes modifications au projet qui nous est soumis, mais il y a un point sur lequel nous sommes tous d'accord : nous voulons une Europe sociale.“ Ebd.

¹¹⁶ Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 19. Januar 1960.

¹¹⁷ In diesen Zeitschriften sind folgende Artikel von Helene Weber am bemerkenswertesten: *Weber, Helene*, Für Deutschlands Leben und Freiheit, in: *Frauenland* 25 (1932) 185; *Dies.*, Friedensschluß; *Dies.*, Grundsätzliches zur Frage des Völkerbundes, in: *Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei* 2 (1926) 1-3; *Dies.*, Wege zum Frieden.

und der Weltunion katholischer Frauenorganisationen. Im Folgenden werden nur einige Schlüsseldaten wiedergegeben.

Helene Weber war Leiterin der deutschen Delegation beim 6. Internationalen Kongress der katholischen Frauenverbände in Rom vom 22. bis 28. Oktober 1925 und wurde in den ständigen internationalen Zentralrat gewählt.¹¹⁸ Sie hielt bei dieser Gelegenheit in ausgezeichnetem Französisch eine viel beachtete Rede mit folgender Botschaft: Die katholischen Frauen sollen nicht die Gleichheit mit den Männern anstreben, sondern ihre politische Verantwortung wahrnehmen. Die Frauen seien die geistigen Mütter der Völker und müssten dementsprechend ihre naturgemäße Aufgabe erfüllen, nämlich die Wegweiserinnen der Völker zu sein.¹¹⁹

1933 zwang die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten sie, ihr Engagement zu beenden. Sie konnte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Kampf in den internationalen Frauenverbänden wiederaufnehmen: Von 1950 bis 1958 war sie Mitglied des Vorstands der Weltunion katholischer Frauenorganisationen. 1953 wurde sie in dieser Organisation zur Sachverständigen für europäische Fragen ernannt. 1954 reiste sie kurz entschlossen nach Fatima zum Kongress der Weltunion katholischer Frauenorganisationen: Obwohl sie bereits erklärt hatte, aufgrund ihres übervollen Terminkalenders Deutschland nicht verlassen zu können, war es ihr gelungen, in letzter Minute doch noch Zeit zu finden und das Flugzeug zu nehmen. Als sie abends ankam, wurde sie von den Anwesenden, die sich sehr freuten sie zu sehen, mit Beifall empfangen. Außerdem fand 1954 vom 21. bis 23. April der 8. Internationale Kongress des Sozialdienstes in Köln statt. Helene Weber hielt auf dieser Veranstaltung nicht nur eine Rede, sondern nahm sogar persönlich an den Vorbereitungen teil. 1955 reiste sie bis nach Rio de Janeiro, um an einer Sondertagung der UCISS in der Folge des Eucharistischen Weltkongresses teilzunehmen. 1958 begab sie sich nach Tokio für die 9. Internationale Konferenz für Sozialarbeit – bei dieser Gelegenheit besichtigte sie Hongkong und Bangkok. Das zentrale Thema ihrer Reden blieb immer das gleiche: Sie wollte den katholischen Frauen auf der ganzen Welt zu verstehen geben, dass sie sich politisch engagieren und zur Wahl gehen sollten, um die Werte der römisch-katholischen Kirche zu verteidigen. Auch wenn sie sich anscheinend nicht explizit für die Völkerverständigung eingesetzt hat, ist davon auszugehen, dass sie den Frieden als logische Folge einer verstärkten Beteiligung katholischer Frauen an der Politik ihres Landes betrachtete.

¹¹⁸ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes PA AA, R 72356 (Po 26 Vatikan, Bd. 3: Bericht der Deutschen Botschaft beim Vatikan vom 1. November 1925).

¹¹⁹ Vgl. *KDFB*, 80. Geburtstag Weber, 135-136.

V. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen:

Erstens reichen die Quellen nicht aus, um die Behauptung Rudolf Morseys „[Helene Weber habe] intensiv an einer deutsch-französischen Aussöhnung [gearbeitet]“¹²⁰ zu bestätigen.

Zweitens hatte Helene Weber unterschiedliche Vorstellungen von den deutsch-französischen Beziehungen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Ideen über den Frieden haben sich also im Laufe der Zeit entwickelt. Zur Zeit der Weimarer Republik war Helene Weber eine katholische Patriotin: Sie war bereit, mit Politikern anderer europäischer Länder unter der Bedingung, dass sie auf den Versailler Vertrag verzichten würden, zusammenzuarbeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kann man sie als Vernunfteuropäerin bezeichnen: Sie sah in der politischen Einigung Europas die einzige Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland vor der Sowjetunion zu schützen. Mit anderen Worten: Zur Zeit der Weimarer Republik trat sie für einen nationalen Frieden, nach 1945 eher für ein föderalistisches Europa ein.

Drittens drängte Helene Weber sich weder auf parteipolitischer Ebene in der CDU noch auf parlamentarischer Ebene in der Bundesrepublik Deutschland noch auf internationaler Ebene im Europarat in den Vordergrund, um ihre Vorstellung von Europa zu verteidigen, weil sie dachte, dass es nicht ihrer Rolle als Frau entspräche, eine führende Kraft in der Außenpolitik der Bundesrepublik zu sein. Sie stellte die Position, die man einer katholischen Frau zu ihrer Zeit zugestand, nicht in Frage und versuchte nie, den Männern ihre Stellung streitig zu machen. So erklärt sich wohl auch die Tatsache, dass ihre Funktion nie völlig ihren Fähigkeiten und ihrer Leistung entsprach.

Viertens hat Helene Weber zwar bei der Verabschiedung der Europäischen Sozialcharta durchaus eine Rolle gespielt, nicht aber bei der Annahme der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Durch diese aktive Beteiligung an der Europäischen Sozialcharta lässt sich also ihre untergeordnete Rolle während ihrer zwölf Jahre Engagement auf europäischer Ebene relativieren.

Fünftens war Helene Weber von 1950 bis 1958 Mitglied des Vorstandes der Weltunion katholischer Frauenorganisationen und als solches besonders aktiv, um ihre Idee von der katholischen Familie, nicht jedoch ihre Idee des Friedens zu verteidigen.

Sechstens konnte für Helene Weber der Frieden in Europa nur durch die politische Erziehung der Frauen, denen sie mit gutem Beispiel vorangehen wollte, erreicht werden.

Aus diesen Gründen war Helene Weber nach 1945 sowohl eine ‚Vernunfteuropäerin‘ als auch eine ‚Herzenseuropäerin‘.

¹²⁰ Morsey, Weber 1979, 229.